

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 49 (1955)
Heft: 3

Artikel: Weltrundschau : die Schrift an der Wand ; Deutschlands Stunde ; Rückschlag in Frankreich ; Die Ostasienkrise ; Indochina - ein zweites Korea? ; Unsicheres Siam
Autor: Kramer, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-139990>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

keimende Leben gefährdenden radioaktiven Fernwirkung zu retten vermag, ist das Schweizer Volk aufgerufen, auf Grund seiner demokratischen Rechte dahin zu wirken, daß die Schweiz den Rüstungswettlauf nicht mehr mitmacht, sondern seine zuständigen Behörden national und international sich bemühen, alles, was einem gerechten und dauernden Frieden dient, anzuregen und zu unterstützen. Denn nur durch die Vermeidung des Krieges kann die europäische Zivilisation verteidigt werden.

2. Deshalb sind die eidgenössischen Räte aufgerufen, gerade weil unser Staat neutral und nicht Mitglied der UNO ist, durch klärende und vermittelnde Schritte die Brücke zwischen den sich entgegensetzenden gegnerischen Haltungen zu bauen, damit an den geplanten Abrüstungs- und Atomkraftkonferenzen die Staaten förderlichst zu einem praktischen Abkommen über eine stufenweise und allgemeine Abrüstung als einem entscheidenden Schritt zur Überwindung des Krieges kommen.

3. Zudem wird der Bundesrat dringend ersucht, sofort auf ihm gutscheinenden Wegen Ost und West aufzurufen, während diesen Monaten der Abrüstungs- und Atomkraftkonferenzen jede Explosionsexperimente mit Atom- und Wasserstoffbomben zu unterlassen. Diese Unterlassung wäre eine Demonstration des Entschlusses beider Blöcke, auf ehrlichem Wege der Verhandlungen zu einem friedlichen Wettbewerb zu Diensten der Wohlfahrt ihrer Völker und des Friedens aller Welt zu kommen.

4. Zuletzt ist der Bundesrat mit dringendem Ernst aufgefordert, sofort den eidgenössischen Räten eine Gesetzesvorlage vorzulegen, welche durch klare Bestimmungen nicht nur die Gesundheit der mit dem Atomreaktor beschäftigten Arbeiter und Angestellten schützt und dessen zivile Verwendung sichert, sondern vor allem auch die nötigen Schutzmaßnahmen unweigerlich verlangt, damit die unvermeidlichen Folgen des Atomspaltungsprozesses im Atomreaktor nicht den Boden, die Luft und das Wasser unseres dicht besiedelten Landes radioaktiv verseuchen und sie auf die Dauer zu einer Existenzbedrohung unserer Bevölkerung werden.

WELTRUNDschau

Die Schrift an der Wand Der oberflächliche Optimismus, der sich in der Beurteilung der Weltlage im vergangenen Sommer und Herbst so weit herum geltend machte, ist in den letzten Monaten mehr und mehr verfliegen. Vielfach hat er sogar einem ausgesprochenen Pessimismus Platz gemacht, neuerdings be-

sonders genährt durch Geschehnisse wie die letzten Vorbereitungen zur Wiederaufrüstung Westdeutschlands, den Sturz Mendès-Frances, den Regierungswechsel in Moskau, die H-Bombenproduktion in England, die Drohpolitik in Ostasien, die Militärpakte in Vorderasien. Spannung und Entspannung werden so wohl auch weiterhin abwechseln, bis . . . ja, bis was kommt? Die rettende Lösung oder aber die vernichtende Entladung? Wer wollte es voraussagen? Mit Gewißheit kann man nur soviel sagen: die Lage verlangt überall große Entschlüsse, radikale Eingriffe, grundlegende Umwälzungen, aber das tatsächliche Verhalten der Völker und ihrer Regierungen ist diesen Erfordernissen so hoffnungslos unangemessen, daß sich das Notwendige wohl eben über ihre Köpfe hinweg gewaltsam durchsetzen muß. Überall glaubt man mit Halbheiten, kleinen Auskunftsmitteln, zaghaften Scheinreformen durchkommen zu können, wo nur mehr *ganze* Wendungen zu helfen vermöchten; überall herrscht nur dieses sorglose Weiterwursteln, dieser «Immobilismus», dieses gemütliche, genußsüchtige In-den-Tag-Hineinleben, diese Verstockung und Verhärtung, die immer die Vorboten nahender Erschütterungen sind.

Schauen wir heute einmal von diesem Gesichtspunkt aus die Welt ereignisse an. Da ist zuerst wieder die wachsende Drohung des *H-Bombenkrieges*, also des Einsatzes von Wasserstoffgasbomben, die durch Atombomben ausgelöst werden. Sie ist das eigentliche Mene-tek-el unseres Geschlechts, die Schrift an der Wand, die uns alle im Innersten erschrecken und zur rettenden Tat antreiben müßte, wenn wir noch soviel Gewissen und Seelenkraft hätten. Freilich, die Militärs selbst beginnen allmählich sie lesen zu lernen, einzelne wenigstens, wie General MacArthur, der noch vor wenigen Jahren bereit schien, mit dem Überschreiten des Jalu die Vereinigten Staaten und ihre Bundesgenossen in den totalen Krieg mit China und der Sowjetunion zu stürzen, jetzt aber – eine wahre Weltsensation – mit letzter Deutlichkeit die Abschaffung sämtlicher Kriegswaffen zum Schutze der Völker vor der sonst kommenden Katastrophe fordert. Wobei übrigens daran erinnert sei, daß MacArthur schon bei Gandhis Tod gesagt hat: «Im Fortschreiten der Zivilisation, wenn sie weiterleben soll, werden die Menschen Gandhis Glauben annehmen müssen, daß die Massen-anwendung von Gewalt zur Lösung von Konflikten nicht nur von Grund auf falsch ist, sondern auch die Keime der völligen Selbstzerstörung in sich birgt.» Und wenn MacArthur auch erst wenige «große» Fachkollegen auf seiner Seite hat, so greift doch in militärischen und militärpolitischen Kreisen die Erkenntnis um sich, daß angesichts der H-Bombe die herkömmlichen Waffen – auch die neu erfundenen – gänzlich veraltet sind und nur die Gefahr in sich bergen, daß ihre Bereitstellung eine Druck- und Drohpolitik ermutigt, die ungewollt doch den Atomkrieg auslöst. Das gilt insbesondere von den «taktischen»

Atomgeschossen, mit denen jetzt die Armeen mehr und mehr ausgerüstet werden (zum Beispiel Artilleriegranaten mit Atomkopf) und auf deren Einführung auch unsere schweizerischen Militärs zu drängen anfangen. Liddell Hart, der wohl maßgebende britische Militärschriftsteller, hat es kürzlich als äußerst zweifelhaft bezeichnet, «ob diese Waffen angewandt werden können, ohne eine große Zerstörung der Heimat und den Selbstmord der Zivilisation mit H-Bomben jäh herbeizuführen». Er empfiehlt darum eine völlige Neuplanung der Landesverteidigung, die Abschaffung der schweren Waffen und der allgemeinen Wehrpflicht sowie den Verzicht auf die taktischen Atomgeschosse und auf den kostspieligen «Luftschutz», da «keine vorhandene oder in Aussicht stehende Luftverteidigung in der Lage sei, ein katastrophenartiges Eindringen von H-Bombern zu verhindern».

Auch zwei Labourabgeordnete, Crossman und Wigg, stellen im «New Statesman» (26. Februar) fest, daß «die Verteidigung Europas und des Orients mit konventionellen Land- und Seestreitkräften durch die Atomkriegführung überholt ist»; «der ganze NATO-Apparat der Landverteidigung und der britische Beitrag dazu sind so veraltet wie die Luftabwehrkanonen um London herum, die Macmillan (der Kriegsminister) bereits zum alten Eisen geworfen hat». Die beiden Politiker setzen sich freilich, wie auch Liddell Hart, dafür ein, daß wenigstens die H-Bombe als Abschreckungsmittel gegenüber den Russen beibehalten werden solle – eine mehr als gefährliche Spekulation, da Drohung und Einschüchterung den Frieden niemals gesichert haben, vielmehr nur einen Zustand der Dauerspannung erhalten, der früher oder später die Explosion doch herbeiführen muß. Seit *beide* möglichen Kriegsparteien die H-Bombe haben, läßt sich keine mehr einschüchtern, wohl aber vielleicht die eine oder die andere dazu verleiten, durch einen Überraschungsschlag dem Gegner zuvorzukommen, aus Furcht, sonst in eine hoffnungslose Lage gedrängt zu werden.

Aber die Regierungen gehen nicht einmal so weit, daß sie wenigstens die herkömmlichen Rüstungen aufzugeben bereit wären. Die Sowjetregierung will wohl die Massenvernichtungswaffen verboten haben, geht aber nur zögernd und mit sehr allgemeinen Vorschlägen an die *allgemeine* Abrüstung heran und setzt sich damit dem Vorwurf aus, sie lege es nur darauf an, durch das Mittel der Propaganda «den Westen zur Preisgabe seiner atomischen Rüstungen zu bewegen, womit dann automatisch die militärische Überlegenheit des kommunistischen Imperiums hergestellt wäre» («Neue Zürcher Zeitung», Nr. 508). Die Westmächte aber wollen sowohl die konventionellen Rüstungen als die H-Bomben behalten. Großbritannien, das bisher, soviel wenigstens bekannt ist, keine H-Bomben baute, kündigt nun in aller Form deren (ja verhältnismäßig leichte und billige) Herstellung an, ohne

seine Landarmee, seine Luftmacht und seine Kriegsflotte abzubauen*. Die Nordatlantik-Strategie andererseits ist ganz auf die Vermehrung der herkömmlichen Rüstungen eingestellt, eingeschlossen die Ausstattung der Armeen mit taktischen Atomwaffen. Und der ganze, nun so ziemlich entschiedene Kampf um die Wiederaufrüstung Westdeutschlands ging ja offiziell nur um die berühmten zwölf Divisionen, obgleich deren Rolle im Falle eines Atomkrieges nur derjenige von Erstopfern der H-Bomben wäre, soll doch eine einzige H-Bombe, wie die Physiker sagen, zehnmal so wirksam sein wie alle «gewöhnlichen» Bomben, die im letzten Krieg auf Deutschland abgeworfen wurden!

Nein, diese ganze Aufrüsterei ist so offenkundig widersinnig und todbringend, daß die darauf begründete «Politik der Stärke» in Europa wie in Vorderasien und im Fernen Osten vollkommen fehlgeht. Dies schon deshalb, weil ihr Zweck in Wahrheit gar nicht die Abwehr einer gar nicht bestehenden *militärischen* Gefahr von seiten Rußlands und Chinas ist, sondern die gewaltsame Verhinderung eines Weitergreifens der *sozialen* Umwälzung, die in den bereits kommunistischen Staaten ihre stärkste Ermutigung findet. Aber die Mittel, die diesem Zweck dienen sollen, eben die Kriegsrüstungen, sind *auch an und für sich* falsch und sogar lebensgefährlich. Alles, was man jetzt über den Ausbau der «Verteidigungsorganisationen», über Militärbündnisse (wie dasjenige zwischen der Türkei und Irak), über Ministerkonferenzen (wie die jüngst in Bangkok abgehaltene der Teilnehmer des Südostasienbundes) liest, all das ist Wahnwitz und Verbrechen, sagen wir's nur deutlich! Was jetzt wirklich nottut, das ist der vorbehaltlose Verzicht auf jeglichen Krieg, die völlige militärische Abrüstung. Und da kaum anzunehmen ist, daß darüber eine internationale Vereinbarung in nützlicher Frist zustandekommen wird, so bleibt nur übrig, daß *ein* Staat, sei er nun klein oder groß, damit vorangeht, aus eigenem freiem

* Churchill sagte dazu im Unterhaus, Landarmeen seien noch immer nötig, «um einen schrittweisen Vormarsch der Kommunisten in dieser Zeit des sogenannten Friedens zu verhüten» und «um örtlich begrenzte Zwischenfälle beizulegen». In Wahrheit drohen sie nur örtliche Zwischenfälle und «begrenzte Kriege» zu einem Weltkrieg auszuweiten, wie der Koreakrieg, der Krieg in Indochina und jetzt wieder die Formosakrise beweisen. Und was die abschreckende Wirkung der Atomwaffen betrifft, so gab Churchill selber zu, daß die Westmächte höchstens auf vier Jahre noch eine Überlegenheit an solchen Waffen besäßen; nachher würden sie auf beiden Seiten verfügbar sein, und wenn es dann zum Kriege komme, so «wäre es Wahnsinn, wollte man annehmen, daß diese Waffen *nicht* verwendet würden». Das heißt aber, daß spätestens in vier Jahren die Russen auch durch die mächtigsten Landarmeen und die (angeblich) bis dahin überlegenen Atomwaffen der Westmächte nicht mehr einzuschüchtern und zum bedingungslosen Rückzug aus Ostdeutschland, Österreich, Polen usw. zu zwingen sein werden, wie das jetzt der Grundgedanke der politischen Strategie der Westmächte ist. Liegt da für Draufgänger und Fanatiker, wie sie vor allem in den Vereinigten Staaten bis in die obersten Armee- und Staatsstellen hinauf zu finden sind, nicht die Versuchung nahe, die westliche Überlegenheit auszunützen, solange es noch Zeit ist?

Entschluß seinen Militärapparat auflöst und so der Vernunft und der Menschlichkeit die Gasse öffnet, durch welche die anderen nachfolgen und den Krieg endgültig töten können.

Deutschlands Stunde Könnte, ja müßte das nicht *Deutschland* sein? Müßte dieses Land nicht die ihm jetzt geschenkte einzigartige Gelegenheit ergreifen, seine jahrhundertlange Schuld zu sühnen und durch entschlossensten Verzicht auf Neubewaffnung, durch Verzicht auch auf alle nationalistische Revanche und imperialistische Neuausdehnung, verbunden mit der Schaffung einer gerechteren, solidarischen Wirtschafts- und Sozialordnung, den Kern eines neuen, abgerüsteten, von östlicher wie westlicher Machtpolitik freien Europa bilden? Ich bin tatsächlich mehr als je davon überzeugt, daß dies seine vorsehungsgemäße Aufgabe in der heutigen Weltlage ist. Überzeugt aber auch, daß der Ungehorsam gegenüber dem an es ergangenen Ruf neues, schweres Unheil über Deutschland und Europa bringen wird. Und mindestens Westdeutschland verschließt sich ja ganz bewußt und gewollt diesem Ruf. Seine Volksvertretung hat mit mehr als Zweidrittelsmehrheit die Pariser Verträge, also die Wiederaufrüstung Westdeutschlands und seinen Anschluß an den westmächtlichen Militärblock, gutgeheißen, und seine Regierung steuert nun mit vollen Segeln dem so heißersehten Ziel der Wiederherstellung von Deutschlands Weltmachtstellung entgegen.

Was das bedeutet, braucht hier nicht mehr ausführlich beschrieben zu werden. Es bedeutet vor allem, daß die Wiedervereinigung der beiden getrennten Hälften Deutschlands auf alle absehbare Zeit unmöglich sein wird; die Sowjetunion wird sich durch die kommenden zwölf Divisionen des Bonner Generalstabes nicht imponieren lassen, sondern alles aufbieten, eingeschlossen die offene Aufstellung auch einer ostdeutschen Armee, um zu verhindern, daß die westmächtlichen und westdeutschen Streitkräfte bis an die Oder und Neiße vordringen. Es bedeutet aber auch, daß, gestützt auf die neue Wehrmacht, der Nationalismus und Militarismus in Westdeutschland – der schon seit Jahren immer frecher auftritt und im öffentlichen Leben der Bonner Republik eine mächtige Rolle spielt – vollends freie Bahn gewinnt und im Verein mit der Rüstungsindustrie, der eine goldene Konjunktur winkt, zur gefährlichsten Kriegskraft Europas zu werden droht. Darüber täuschen die Vorschläge für eine bloß der Verteidigung dienende Organisation der westdeutschen Wehrmacht nicht hinweg (zum Beispiel für die Masrierung von 15 000 Panzerabwehrgeschützen an der Grenze gegen die DDR in einer Tiefe von 50 Kilometern); die westdeutsche Armee wird, im Sinne der hinter ihr stehenden Politik, nur zur Geltung kommen, wenn sie, wie alle deutschen und preußischen Armeen vor ihr, auf die Offensive ausgerichtet ist, also das große Unternehmen wieder aufnehmen kann, das unter Hitler wie unter Wilhelm II. so katastro-

phal zusammengebrochen ist. Daß in einem künftigen Krieg gegen den jetzt im Osten gesuchten «Erbfeind» – einem Krieg, der sofort mit dem Einsatz von H-Bomben geführt würde – die westdeutsche Landarmee überhaupt nicht zum Schlag käme, wurde schon früher gesagt; aber soviel wird sie immerhin fertigbringen, daß sie den *Ausbruch* eines Krieges herbeiführen und damit ihren eigenen Untergang besiegeln kann. Das gilt natürlich auch für den Fall, daß sich diese Armee nicht wieder nach dem Osten, sondern *gegen den Westen* kehren würde. Es könnte ja doch ganz gut sein – und viele halten *das* für wahrscheinlich –, daß die Bonner Republik, wenn sie einmal ihre nationale Souveränität zurückgewonnen und ihre Wehrmacht sicher in Händen hat, sich mit der Sowjetunion über die Vereinigung mit Ostdeutschland verständigte und ihren neuen «Platz an der Sonne» auf Kosten des zerfallenden französischen Kolonialreiches und des britischen sowie amerikanischen Welthandels suchte, statt nochmals die Sowjetunion anzupacken. Gebrannte Kinder fürchten das Feuer! Aber auch in diesem Falle würde Deutschland mit einem Krieg, den es entfesselte, in sein Verderben rennen, auch wenn und gerade wenn es ebenfalls H-Bomben herstellt, was es über kurz oder lang sicher tun wird – vielleicht sogar noch mit Zustimmung der Westmächte . . .

Nun ist ja freilich in Westdeutschland eine ziemlich umfassende Bewegung *gegen* die Wiederaufrüstung im Gang. Ich unterschätze ihre Bedeutung keineswegs; sie ist stärker als ich noch vor einem halben Jahr anzunehmen geneigt war. Die jungen Jahrgänge vor allem, aber sehr kräftig auch der Großteil der Gewerkschaften und in deren Schlepptau mehr oder weniger auch die Sozialdemokratische Partei, dazu recht erhebliche Teile der gebildeten Stände und des Mittelstandes, nicht zuletzt auch der protestantischen Kirche sind in Unruhe, ja Aufruhr geraten und entfalten eine oft hitzige Agitation gegen die Militärpläne wie gegen die ganze weltpolitische Einstellung der Regierung Adenauer und der sie stützenden Parteien. Wahrscheinlich ist sogar die Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung gegen die Wiederaufrüstung eingenommen. *Aber diese Mehrheit kommt eben realpolitisch nicht zur Geltung* – und das ist zuletzt doch das Entscheidende. Westdeutschland ist ja so wenig eine Demokratie wie Frankreich (oder Italien und andere «freie» Länder); sein Staatsapparat ist in den Händen einer Minderheit, die über die Geldmittel und die geistigen Beeinflussungsmittel verfügt, welche ihr erlauben, den Mehrheitswillen des Volkes auszuschalten und dafür einer gehorsamsgewöhnten Parlamentsmehrheit rechtsbürgerlich-nationalen Gepräges die maßgebenden Beschlüsse zu überlassen. Die 320 Paar Schuhe, die Adenauer am 6. September 1953 in den Bundestag gebracht hat, vermögen alle Opposition niederzut trampeln – und sie tun es auch wacker. Dazu kommt, daß diese Opposition selbst, also vor allem die Sozialdemokratie, innerlich gebrochen und gelähmt ist. Sie ist wie die Regierungs-

koalition leidenschaftlich antikommunistisch und zur «Verteidigung der freien Welt» bereit (Ollenhauer donnerte noch in der letzten Verhandlung über die Pariser Verträge gegen die «kommunistischen Welt Eroberungspläne»); sie lehnt wie die Regierung jede Aussprache mit der ostdeutschen Republik ab und läßt sich an Nationalismus – eingeschlossen die Forderung auf Zurückgewinnung der Saar und der verlorenen Ostprovinzen – von keiner anderen Partei überbieten. Nur scheut sie vorderhand noch vor den *Konsequenzen* dieser ganzen Haltung zurück, wie sie die Regierungsparteien mit ihrem Einstehen für die Wiederaufrüstung ziehen, weil sie ahnt, wohin das führen muß. So ist es denn auch mit den neuen west-östlichen Verhandlungen über eine friedliche Einigung Deutschlands, die die Sozialdemokraten verlangen, eine eigene Sache. Käme es wirklich dazu und lehnten es die Russen wiederum ab, auf gesamtdeutsche Wahlen einzutreten ohne die Sicherheit, daß ein geeinigtes Deutschland nicht den westlichen Militärblock verstärken würde, dann würden die Sozialdemokraten kaum zögern, die Schuld am Scheitern der Konferenz wieder der Sowjetunion aufzuladen und jetzt «mit gutem Gewissen» die Wiederaufrüstung anzunehmen.

In Wahrheit liegt natürlich die Sache so, daß nicht russische Unnachgiebigkeit und «kommunistischer Eroberungswille» die Lösung der deutschen Frage «in Frieden und Freiheit» verunmöglicht, sondern das starre westmächtig-westdeutsche Begehren, daß Deutschland seine Einheit *auf Kosten der Sowjetunion, Polens, der Tschechoslowakei* usw. bekommen müsse. Die Sowjetunion hat gewiß erst spät jene Politik der planmäßigen Entspannung im Innern und nach außen eingeleitet, die besonders mit dem Namen *Malenkows* verbunden ist – aber sie hat sie eben doch eingeleitet. Sie hat die Entwicklung der Schwer- und Rüstungsindustrie zugunsten einer besseren Versorgung der Verbrauchermassen gebremst, hat deutliche Liberalisierungsmaßnahmen ergriffen, hat in der deutschen Frage Zugeständnis auf Zugeständnis gemacht (Annahme des Eden-Planes als Diskussionsgrundlage, Zustimmung zu gesamtdeutschen Wahlen unter internationaler Aufsicht usw.) – lauter Dinge, die nicht auf Angriffspläne gegen den Westen hindeuten, sondern auf den Wunsch nach einer langen Zeit friedlicher Koexistenz, aber freilich unter der Voraussetzung, daß dabei nicht einfach die Sowjetunion und ihre Verbündeten die Leidtragenden sein sollten. Gerade diese Voraussetzung lehnten aber die Westmächte und die Bonner Republik konsequent ab. Sie erklärten alles Entgegenkommen der Sowjetunion nur als betrügerisches Manöver, beharrten auf der Notwendigkeit, durch eine «Politik der Stärke» Moskau zum bedingungslosen Rückzug zu zwingen und spekulierten auf eine innere Revolte in den Oststaaten gegen das kommunistische Regime. Die Folge war, daß Malenkow abtreten mußte (wie Litwinow nach dem Scheitern der Absicht Moskaus, eine Einheitsfront Europas gegen Hitler her-

zustellen, auch abtreten mußte) und die Gruppe um Chruschtschew, Molotow usw., die immer den neuen Kurs als verfehlt und die Hoffnung auf eine Lockerung der westmächtlichen Starrheit als Illusion bezeichnet hatte, wieder obenaufkam.

So hat die Unfähigkeit des Westens, das sachlich Notwendige zur rechten Zeit zu tun, aufs neue eine Lage herbeigeführt, die kaum viel besser ist als diejenige, aus der dann schließlich – nach München – der Zweite Weltkrieg herausbrach*. Westdeutschland insbesondere bleibt der Explosionsherd, der es fast von Anfang seines Bestehens an war, und wird es durch die Wiederaufrüstung nur immer mehr werden, wenn es nicht noch in letzter Stunde seine große Chance nutzt.

Rückschlag in Frankreich Für die Politik der verpaßten Gelegenheiten bietet gerade jetzt *Frankreich* ein warnendes Beispiel. Ministerpräsident Mendès-France hatte, als er im Sommer 1954 zur Macht kam, die vielleicht einmalige Möglichkeit, durch kühne Entschlüsse Frankreich aus seinem verhängnisvollen Immobilismus im Innern wie nach außen herauszureißen. Und es schien zuerst auch, als sei er gewillt und fähig, die ihm zugefallene geschichtliche Aufgabe wirklich zu erfüllen. Vor allem sein energisches Eingreifen in Indochina, das dem «schmutzigen Krieg» – mit kräftiger Unterstützung durch Eden, Molotow und Tschu En-lai allerdings – ein Ende setzte, weckte im französischen Volk die größten, ja direkt ausschweifende Hoffnungen. Gestützt auf eine vorwärtsdrängende, radikale Erneuerungsbewegung, wie sie damals, auf einen Führer wartend, durchaus möglich war, hätte Mendès-France Reformen anbahnen können, die für Frankreich eine wahre Befreiung gewesen wären. Er hat es nicht getan. Seine Weigerung, irgendwelche Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Partei anzunehmen (hinter der schließlich die Mehrheit der französischen Arbeiterklasse und ein Viertel der Wählerschaft des Landes steht) und seine gesinnungsmäßige Verbundenheit mit den großbürgerlich-kapitalistischen Kreisen hielten ihn grundsätzlich im Lager der Verteidiger der bestehenden Ordnung zurück und trieben ihn außenpolitisch mehr und mehr auf die Seite Amerikas und eines wiederaufzurüstenden Westdeutschlands. Den Kommunisten eine «Wahlreform» androhend, die sie parlamentarisch zur völligen Ohnmacht verurteilt hätte, die Sozialisten durch seine wirtschafts- und sozialpolitische Einstellung mißtrauisch machend und die Linkselemente auch bei den katholischen Volksrepublikanern abstoßend, mußte er seine

* Claude Bourdet schreibt im «Observateur» (10. Februar) zum Kurswechsel in Moskau mit Recht: «Für die ganze Welt und besonders für Frankreich und Europa ist das eine katastrophale Entwicklung. Aber die Geschichte wird die Verantwortung des Westens nicht vergessen, so wenig wie die Tatsache, daß es die Regierung Mendès-France war, unter der die besten Chancen einer Vereinbarung mit dem versöhnlichsten der sowjetischen Staatsmänner kalt und absichtlich geopfert wurden.»

Mehrheit immer planmäßiger in der «rechten Mitte», ja auf der konservativen Rechten suchen, die er sich aber mit seinen sprunghaften Methoden und seinen undurchsichtigen Wirtschaftsplänen bereits unwiderruflich verfeindet hatte – nicht zu reden von den «betteraviers», den Rübenbauern, und der Masse der übrigen Alkoholinteressenten, für die er trotz dem Rückzug seiner Reformgesetzentwürfe doch der Feind Nr. 1 geblieben war. So hatte es Mendès-France glücklich fertiggebracht, sich zwischen zwei Stühle zu setzen. Und als die Rechte, ihre Revanche suchend, die Nordafrikafrage zum Anlaß nahm, ihn zu stürzen («Heute abend oder nie!» rief der Abgeordnete Teitgen aus, als es zur kritischen Abstimmung kam), da sah er sich von der Linken endgültig verlassen, ohne doch die Mitte und die Rechte überzeugend gewonnen zu haben. Und nun ist also wieder eine nackt reaktionäre Regierung am Ruder, zweifelhaft verschönt durch das Feigenblatt des «liberalisierenden» Ministerpräsidenten Edgar Faure, dieses typischen Opportunisten, der aber seine Rolle als Sachwalter der «staats- und gesellschaftserhaltenden» Kräfte schon richtig spielen wird. Frankreich ist in aller Form zu dem Konservatismus der Laniel, Pinay, Reynaud und Konsorten zurückgekehrt, mit dem Mendès-France angeblich Schluß machen wollte, bei dem er aber schließlich selbst wieder gelandet ist.

Aber es ist ja nur ein Scheinkonservatismus, der noch einmal triumphiert hat. In Wirklichkeit ist Frankreichs politischer Zustand so spannungsgeladen, daß harte Erschütterungen in näherer oder fernerer Zukunft ganz unvermeidlich geworden sind. Die ungelösten sozialen Probleme, von denen wir an dieser Stelle vor einigen Monaten geredet haben, werden die Unrast im Volke mehr und mehr steigern. Die Wiederherstellung der kapitalistischen Produktions- und Verteilungsformen täuscht nicht über die dringende Notwendigkeit gründlicher Strukturwandlungen hinweg. Die Kettung Frankreichs an die amerikanische Machtpolitik und seine Festlegung auf die Wiederherstellung einer westdeutschen Wehrmacht birgt ganz unabsehbare Gefahren in sich. Und daß Marokko, Tunis, mehr und mehr aber auch Algerien sich zu Explosionsherden bedenklichster Art entwickeln, kann nur verblendeten Kolonialisten entgehen. Eigentlich wäre so jetzt die *Linke* in Frankreich wieder am Zug. Sie hat schon dreimal in den letzten dreißig Jahren versucht, den politischen Kurs herumzureißen: 1924 mit dem Cartel des Gauches, 1936 mit dem Front Populaire und 1944 mit der Résistance. Dreimal ist der Anlauf steckengeblieben. Wird er ein viertes Mal durchbrechen? Es erscheint mehr als zweifelhaft, vor allem wegen des leidenschaftlichen Widerstandes der Linkskatholiken, der Radikalen und der Sozialisten gegen eine Einheitsfront mit den Kommunisten, ohne die doch jede erfolgverheißende Erneuerungsbewegung unmöglich ist. Dabei ist die Furcht, eine solche Bewegung könne zu einer kommunistischen Diktatur führen, unter den heutigen Verhältnissen denkbar grundlos; auch das Volksfrontregime von 1936 ist von

den Kommunisten nicht zur Erreichung von Sonderzielen ausgenützt worden, so wenig wie das in der Befreiungs- und Widerstandsbewegung bei Kriegsende der Fall war. Die Gefahr besteht allerdings, daß bei einer längeren Fortdauer des Parteien- und Interessenchaos, in das Frankreich versunken ist, die notwendige Umwälzung nach «links» hin eben doch in gewalttätiger Form kommt, vielleicht nachdem zuerst eine Diktatur der Rechten aufgerichtet worden ist; die Kleinbürgerbewegung um Poujade, die zunächst «nur» den Steuerstreik propagiert, weist heute Züge auf, die deutlich antiparlamentarisch-faschistisch sind. Aber dann trügen eben die Verantwortung diejenigen, die jetzt eine noch mögliche *freiwillige* Erneuerung Frankreichs an Haupt und Gliedern hintertreiben.

Die Ostasienkrise Für den Augenblick am gefährlichsten ist jedoch die Lage in *Ostasien*, vor allem die Spannung zwischen *China* und *Amerika*. Was zu ihrer friedlichen Lösung notwendig wäre, weiß jedermann: die Anerkennung des neuen China als einer bleibenden Tatsache, seine Aufnahme in die Vereinten Nationen und die Überlassung Formosas an die Chinesische Volksrepublik*. Aber auch hier bleiben die Entschlüsse der verantwortlichen Staatsmänner weit hinter dem tatsächlich Nötigen zurück. Ende Januar schien es sogar ein paar Tage lang geradezu, als stünde der Weltatomkrieg vor der Tür. Die Drohung Präsident Eisenhowers, jeden Versuch Chinas, die gegenrevolutionäre Regierung Tschiang Kai-scheks aus Formosa zu vertreiben, sofort mit dem Einsatz der USA-Militärmacht zu beantworten, und die Vollmacht, die er sich von der amerikanischen Bundesversammlung für die Eröffnung von Feindseligkeiten gegen China geben ließ, waren, wie «The Nation» (Neuyork, 5. Februar) feststellte, ein eigentlicher «Verzicht des Parlamentes auf seine höchste Verantwortung, nämlich die Gutheißung oder Ablehnung einer Kriegserklärung». Außenminister Dulles, von dem Senator Barkley gedrängt, gab sogar zu, daß die Resolution, mit der dann die Bundesversammlung dem Präsidenten-General Blankovollmacht erteilte, tatsächlich nichts anderes als «eine vordatierte Kriegserklärung» sei. Die absichtlichen Unklarheiten, die in der Vollmacht für Eisenhower ent-

* Am 5. Januar 1950 erklärte der damalige amerikanische Staatssekretär Acheson in einer Pressekonferenz, man brauche nicht auf einen Friedensvertrag zu warten, um Formosa an China zu übergeben. Das in gewissen Kreisen vorgebrachte Argument, die Vereinigten Staaten hätten ein Recht, in den Formosastreit einzugreifen, weil Formosa technisch ein Teil des von Japan besetzt gewesenen Gebietes sei, sei lediglich «ein Advokatentrick». Die «gewissen Kreise», die immer noch dieses Trickargument vorbringen, sind heute die Regierung der Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten... Vollends die Behauptung, die Insel Formosa, 10 000 Kilometer von der amerikanischen Westküste entfernt, sei für die Verteidigung der Vereinigten Staaten unbedingt nötig, aber für diejenige Chinas höchst überflüssig, diese Behauptung ist natürlich erst recht nicht ernst zu nehmen.

halten sind (zum Beispiel in bezug auf die der chinesischen Küste unmittelbar vorgelagerten kleinen Inseln, die von Tschiangs Truppen unter amerikanischem Flottenschutz besetzt sind, obwohl sie niemals zu Japan gehört haben), ändern nichts daran, daß es jetzt in erster und letzter Linie von der Weisheit und Charakterstärke des amerikanischen Präsidenten abhängt, ob es über Formosa zum Kriege kommt. Seine zwei wichtigsten Ratgeber, Staatssekretär Dulles und Wehrmachtchef Radford, erklärten in den Kommissionsverhandlungen (wie Senator Morse enthüllte) bereits unverhüllt, es werde «vielleicht nötig sein, einen Schlag gegen das chinesische Festland zu führen, bevor die Rotchinesen einen Schlag führen können».

Daß etwa Amerikas Bundesgenossen diesen Kriegsmachern in den Arm fallen würden, daran ist kaum zu denken; England fühlt sich so sehr mit den Vereinigten Staaten solidarisch (besonders in Ost- und Südostasien: Hongkong und Malaya!), daß es nichts tun wird, um im Ernstfalle eine militärische Aktion Amerikas gegen China zum Stehen zu bringen, besonders wenn auch Australien und Neuseeland, die beide Sonderabmachungen mit den USA haben, damit einverstanden sind. Und von den Vereinten Nationen wollen wir überhaupt nicht reden; der Koreakrieg – um von anderem zu schweigen – hat klar genug gezeigt, daß sie jeden mit Festigkeit vertretenen Entschluß Washingtons gutheißen und ideologisch zu rechtfertigen imstande sind. Es hängt also vor allem von der *Entwicklung in den Vereinigten Staaten selbst* ab, wie weit «die mächtige Minderheit in den USA, die eine Kriegspolitik wünscht» («Peace News», 11. Februar), zurückgebunden werden kann. Zum Glück scheint diese Entwicklung neuerdings eher in der Richtung auf eine friedliche Koexistenz mit der kommunistischen Welt zu verlaufen. Ein Zeichen dafür ist der deutliche Rückschlag, den die McCarthy-Bewegung erlitten hat*, desgleichen der wachsende Widerstand gegen den verblendeten Antikommunismus, der aus dem amerikanischen Volke heraus kommt und sich unter anderem in einer Massenpetition an den Präsidenten zugunsten von Verhandlungen mit dem «feindlichen» Lager und einer Abschaffung der Massenvernichtungswaffen, als Anfang einer allgemeinen Abrüstung, bekundet. Besonders wichtig ist dann, daß ein beträchtlicher Teil auch der amerikanischen Kapitalistenklasse der Gewaltpolitik des «Triumvirats Dulles-Radford-Knowland» (um diese abgekürzte Bezeichnung zu gebrauchen) planmäßig entgegenarbeitet. Wirtschaftsführer, wie Ernest Weir, der Präsident eines der größten Stahlkonzerne der USA, und Finanzmänner, wie James Warburg sind nur die öffentlichen Wortführer einer Gruppe, die von einem neuen Krieg nichts Gutes, wohl aber einen Zusammenbruch auch des amerikanischen Kapitalismus er-

* Einer von McCarthys Hauptgewährsmännern, Harvey Matusow, hat sich jetzt sogar öffentlich als meineidigen Zeugen bekannt. Sein Buch «False Witness» («Falscher Zeuge») erregt viel Aufsehen.

wartet. In der Regierung selbst vertreten besonders der Wehrminister Charles Wilson (der von der Leitung des General-Motors-Automobiltrustes herkommt) und Finanzminister Humphrey diese Gruppe, der wohl auch General MacArthur (jetzt Verwaltungsratspräsident einer Industriegesellschaft) nahesteht.

So ist die amerikanische Außenpolitik gegenwärtig durch ein gewisses Schwanken, durch eine Neigung zur Mäßigung und zu Kompromissen gekennzeichnet. Allein, wie lange hält diese Tendenz vor? Auch die «Friedenspartei» innerhalb der herrschenden Schicht will ja starke Kriegsrüstungen (schon um der Krisengefahr entgegenzuwirken) und die Fortsetzung der «Politik der Stärke» gegenüber den kommunistischen Ländern. Und das heißt, daß sie sich ebenfalls unter das Gesetz der Gewalt stellt, das sich auf die Länge nicht von menschlichem Willen beherrschen und begrenzen läßt, sondern seinem eigenen Schwergewicht folgt und über die Köpfe der «klugen» Menschen hinweg schließlich doch zum Kriege führt. So sind gegenüber den friedlicheren Kräften, die in den Vereinigten Staaten unzweifelhaft wirken, auch weiterhin alle Vorbehalte angebracht. In der Chinapolitik der Washingtoner Regierung ist jedenfalls nicht derjenige Umschwung in Sicht, der – zusammen mit einer geduldigen Haltung der Pekinger Regierung – die friedliche Lösung der großen Spannung verbürgen würde. Das wird noch klarer, wenn wir auch die anderen Gegenstände der Ost- und Südostasienpolitik Amerikas ins Auge fassen, besonders soweit sie in Indochina und Siam liegen.

Indochina – ein zweites Korea! Wie in bezug auf China und Korea, so halten die Vereinigten Staaten auch gegenüber *Indochina* die Fiktion aufrecht, daß das kommunistische Regime – der Vietminh-Staat in Nordindochina – unrechtmäßig sei, daß es seine Existenz nur einem typisch leninistischen Angriffskrieg gegen die gesetzliche Regierung verdanke, und daß die «freie Welt» verpflichtet sei, Gesetz und Ordnung, Demokratie und Staatsautorität auch hier mit allen zweckmäßigen Mitteln wiederherzustellen. Amerikas Verbündete vertreten ungefähr die gleiche Auffassung.

In Wirklichkeit kann, wie Professor Gérard Lyon-Caen, einer der besten französischen Völkerrechtslehrer, feststellt («Cahiers Internationaux», Oktober 1950), «gar kein Zweifel darüber bestehen, daß die einzig rechtmäßige Regierung diejenige der Vietnamesischen Republik ist», also die von Ho Chi-Minh präsierte Regierung von Hanoi. Sie ist im Januar 1946 aus den allgemeinen, in ganz Indochina abgehaltenen Wahlen zur vietnamesischen Nationalversammlung hervorgegangen und damals von Frankreich selbst anerkannt worden. Erst nachträglich hat Frankreich eine Gegenregierung unter «Kaiser» Bao Dai gebildet, der 1945 abgedankt hatte und keinen Auftrag des Volkes

von Vietnam besaß, neuerdings einen Sonderstaat aufzurichten, einen Staat, der denn auch seine Autorität nur soweit zur Geltung zu bringen vermochte, als die Macht der französischen Bajonette reichte. Gewalt, nicht Recht, war somit von Anfang an die einzige Stütze des Regimes Bao Dai, und Frankreich wie Amerika, das seit dem Ende des Koreakrieges immer umfassender den französischen Kolonialkrieg in Indochina unterstützte, waren offenkundig im Unrecht, als sie dieses Regime in seinem Kampf gegen die Demokratische Republik Vietnam unterstützten. Wie die Neuyorker «Monthly Review» (Juni 1954) völlig zutreffend feststellt:

«Kein Land ist rechtlich oder moralisch befugt, den privaten Bürger eines anderen Landes als Regierungshaupt einzusetzen und dessen ‚Regierung‘ mit ihren bewaffneten Streitkräften zu unterstützen. Die Sowjetunion hat das im Falle Finnland im Jahre 1939 auch gemacht, und die Westmächte waren ganz mit Recht einmütig in der Verurteilung dieses Vorgehens. Nachträglich machte die Sowjetunion ihren Fehler mindestens teilweise wieder gut, indem sie die ‚Regierung‘ Kuusinen fallen ließ und wieder mit der gesetzmäßigen finnischen Regierung verhandelte. Frankreich hat genau das gleiche in Vietnam getan, aber weit entfernt, dieses Vorgehen zu verurteilen, haben die Westmächte ihren Anerkennungsstempel darunter gesetzt, indem sie das Puppenregime Bao Dai anerkannten.»

Im Frühjahr 1954 ist dieses Regime dann freilich katastrophal zusammengebrochen. Aber die Demokratische Republik Vietnam konnte an der Genfer Konferenz nur ihre Anerkennung durch Frankreich und England (nicht durch Amerika, das sich konsequent weigerte!) erreichen; im Süden bleibt, mit Saigon als Hauptstadt, die Regierung Bao Dai weiter bestehen, gestützt vor allem durch die Vereinigten Staaten, die Geld, Militärmaterial und eigene Streitkräfte ins Land geschickt haben und bis 1956 eine Eingeborenenarmee von 140 000 Mann auf die Beine zu stellen hoffen.

Aber die Aussichten des Südstaates sind trotz – oder gerade wegen – der amerikanischen Stützungsaktion alles andere als gut. Unsere Presse ist zwar dauernd bemüht, das Regime des *Nordstaates* in ein schlechtes Licht zu stellen. Man kann immer wieder Berichte über die «Schreckensherrschaft» Ho Chi-Minhs lesen und Bilder sehen, auf denen flüchtende katholische Nordvietnamesen in verzweifelter Panik Schutz vor den sie verfolgenden kommunistischen Flugzeugen suchen*.

* Zu den «Katholikenverfolgungen» in Nordvietnam schreibt George Bois, der Indochina gut kennt, in der religiös-sozialen «Cité Nouvelle» (10. Februar 1955) unter anderem: «Es ist sicher, daß die Katholiken im Nordstaat aufgehetzt wurden, heimlich aus ihrem Lande zu fliehen, ohne von den Behörden die Passierscheine zu verlangen, die nötig sind, um nach Haiphong zu kommen. In dieser Beziehung und auch im Hinblick auf die Anwesenheit französischer Schiffe in den Gewässern von Tonking liegt also eine Übertretung der Genfer Abmachungen vor... Ein großer Feldzug zugunsten der Räumung (Nordvietnams) ist direkt von der (südvietnamesischen) Regierung Diem geführt worden... Man muß auch wissen, daß von neun Bischöfen sieben im Norden geblieben sind mit ungefähr einer Million Getreuer. Im übrigen weiß man, daß im Süden wie im Norden nicht wenige Katholiken entschlos-

Aber man hat dennoch keinen Grund zur Annahme, daß das Verhältnis zwischen Volk und Regierung im Vietminh-Staat heute anders sei als vor einem Jahr, wo im hochkonservativen «New York Times Magazine» (9. Mai 1954) Paggy Durdin schrieb:

«Während mehr als sieben bitteren Kriegsjahren ist sein (Ho Chi-Minhs) Name ein unschätzbare Aktivposten für den Vietminh gewesen. Was die einfachen Bauern nicht für eine Kommunismus genannte Abstraktion – oder auch für die andere Abstraktion, genannt Nationale Unabhängigkeit – getan oder gelitten hätten, das haben sie für ‚Onkel Ho‘ getan und gelitten. . . . Die meisten Vietnamesen glauben, daß es Ho Chi-Minh ist, der den Franzosen all das abgerungen hat, was Bao Dais Vietnam an Unabhängigkeit erlangt hat.»

Welcher Volkstümlichkeit sich das Vietminh-Regime auch im Südstaat erfreut, geht am besten aus dem Zeugnis Professor Buu Hoi hervor, eines in Paris lebenden nichtkommunistischen Vietnamesen, den manche als den künftigen Ministerpräsidenten des Südstaates sehen, der aber im Pariser «Express» feststellte, daß «zwei Drittel des (in Genf) den Nationalisten zugesprochenen Gebietes tatsächlich immer noch unter kommunistischer Verwaltung stehen, wenn auch die Internationale Kontrollkommission keinerlei Bruch der Bestimmungen über die ‚Umgruppierung‘ berichtet». Ähnlich schreibt Lois Mitchison im «New Statesman» (15. Januar 1955):

«Nahezu in jedem südlichen Dorf wie in Saigon besteht eine politische Rahmenorganisation des Vietminh. Die Unterstützung des Volkes gehört Ho Chi-Minh, der für es den siegreichen Nationalismus darstellt.»

Demgegenüber spricht Professor Buu Hoi von einer «unglaublichen Unpopularität des bestehenden Regimes (in Südvietnam), das moralisch und materiell bankrott ist trotz der Wirtschafts- und Finanzhilfe, die Frankreich und Amerika so großzügig leisten. Die Geschichte weiß nie von einem langen Leben eines Regimes, das in Friedenszeiten alle vor ihm liegenden menschlichen Aufgaben auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet vernachlässigt, um sich ganz auf die Schaffung einer Kriegspsychose zu verlegen.» Im Unterschied davon sei es «unbestreitbar, daß der Vietminh eine redliche und tüchtige Verwaltung hat», so wie er auch ein festgefügtes Staatswesen aufgebaut habe, während der Süden jetzt in völlige Anarchie gefallen sei oder einer Verwaltung unterstehe, «die das Regierungshaupt (Bao Dai) fast ausschließlich zur

sene Anhänger der Weltanschauung des Vietminh sind . . . So muß man wohl oder übel anerkennen, daß allein vom religiösen Standpunkt aus, sofern man die Politik beiseite läßt – und das ist bei den vietnamesischen Protestanten der Fall –, anscheinend keinerlei größere Schwierigkeiten bestehen . . . Was äußerst ernst ist, das ist, daß man sich bemüht, die Treue gegenüber den Verträgen von Genf und im besonderen die hochwichtigen Wahlen von 1956 unmöglich zu machen.»

Förderung seiner persönlichen oder seiner Familieninteressen benützt»*.

Lois Mitchison ihrerseits bescheinigt dem gegenwärtigen Ministerpräsidenten des Südstaates, Ngo Dinh Diem, seine Redlichkeit und Anständigkeit, muß aber gleichzeitig den gänzlichen Mißerfolg seiner nunmehr sieben Monate dauernden Regierung feststellen. Politisches Chaos sei ihr einziges Ergebnis, während sie andererseits mehr und mehr «eine militärische Diktatur nach dem Muster von Formosa und Südkorea» entwickle. «Die Gemäßigten werden verhaftet und ihre Veröffentlichungen unterdrückt. Die Bewegung für die Verteidigung des Friedens z. B. war trotz ihrem unglücklichen Namen mindestens teilweise eine Gruppe liberaler Intellektueller, die hofften, den Vietminh-Kommunismus bei den Wahlen und in der Regierung ihres geeinigten Landes verwässern zu können. Aber ihre Geschäftsleitung und zweiundzwanzig ihrer hervorragendsten Mitglieder sind verhaftet worden.»

Daß die Amerikaner dieses Regime hemmungslos unterstützen, entspricht ganz ihrer sonstigen Haltung in ihrem «Kampf für Freiheit und Menschenrecht». Sie vermeinen mit ihren reichen Geldmitteln – 77 Millionen Dollar sollen allein in diesem Jahr nach Südvietnam fließen, mehr als die gesamten Staatseinnahmen – «das Land kaufen zu können», wie sich ein amerikanischer Beobachter ausdrückte, und erwarten, das Volk werde sich dankbar erweisen, indem es bei den für 1956 vorgesehenen Wahlen nichtkommunistisch stimme. Aber die Rechnung dürfte sich als falsch erweisen, wie die Regierung Diem selbst schon heute zugibt. «Die meisten ihrer Mitglieder», so berichtet Lois Mitchison,

«wissen, daß sie überhaupt keine Aussicht haben, bei anständigen, unparteiischen Wahlen den Vietminh zu besiegen. Der Informationsminister sagte denn auch: ‚Wir haben die Genfer Abmachungen nicht unterschrieben und sind darum nicht an die Wahldaten oder -methoden gebunden, die darin vorgesehen sind. Unparteiische Wahlen sind sowieso unmöglich; wir können daher Wahlen abhalten, die wir selbst zu dem uns am besten passenden Zeitpunkt nur im Süden organisieren.‘ Unterdessen weisen die Amerikaner darauf hin, daß auch sie die Genfer Abmachungen nicht unterschrieben hätten und nur einverstanden gewesen seien, sie zu achten, aber keinerlei Verpflichtung hätten, sie gegen den Willen einer unabhängigen Regierung wie derjenigen von Südvietnam durchzusetzen. Und britische Berater in Saigon sagen, England halte sich natürlich an die Genfer Vereinbarung, aber in den Abschnitten über die Wahlen befänden sich eben doch merkwürdig zweideutige Sätze. Alles ist sich darüber einig, daß der Vietminh den Genfer Vertrag breche; warum – so fragt man sich – sollten wir es nicht auch tun?»

In Wahrheit ist, wie die Verfasserin des Artikels im «New Statesman» fortfährt, der Vietminh gegenwärtig durchaus auf die Einhaltung

* Wie weit der Stimmungsumschwung, der in Südvietnam in der letzten Zeit erfolgt sein soll – ausgesprochener «Optimismus» anstelle der «früheren Verzagt-heit», wie sich W. Boßhardt in der «Neuen Zürcher Zeitung», Nr. 471, 1955, ausdrückt –, eine tatsächliche Grundlage in der Festigung des Regimes Diem hat, muß die Zukunft erweisen.

der Genfer Abmachungen eingestellt. «Wenn diese Abmachungen gebrochen werden, so kann und wird er im Süden die Macht ergreifen, sobald er es für gut findet, sei es durch Gewalt oder durch einen politischen Staatsstreich.» Wird dann Amerika mit Heeresmacht eingreifen wie in Korea? Wird es durch seine Atombomber Hanoi vernichten lassen? Wird es China bedrohen, falls es Miene macht, der Demokratischen Republik Vietnam mit Waffenlieferungen oder mit Truppen zu Hilfe zu kommen, so wie Amerika selbst Frankreich in seinem indochinesischen Kolonialkrieg unterstützt hat? Alles ist möglich, auch eine Verwicklung der Sowjetunion in einen neuen Indochinakrieg, das heißt ein direkter militärischer Zusammenstoß zwischen Rußland und Amerika – kurz ein dritter Weltkrieg im Gefolge des Ringens um Indochina. Und all das, weil die Vereinigten Staaten die Beherrschung auch Indochinas, wie Formosas und Koreas, als lebensnotwendig für die Verteidigung ihrer Existenz und für die Rettung der «freien Welt» vor dem erobernden Zugriff des Kommunismus erklären! Was *wirklich* notwendig wäre, das ist der Verzicht Amerikas auf diesen Machtanspruch. Aber wiederum: wie wenig ist Amerika bereit, dieses Opfer für den Frieden zu bringen! Und wie so ganz unzulänglich sind alle Bemühungen der übrigen Mächte, eingeschlossen Indien, in Indochina einen Frieden zu vermitteln, ohne daß Amerika und Frankreich dem Volke von Vietnam endlich seine volle Selbstregierung, frei von jeder äußeren Einmischung, zu gewähren brauchten!

Unsicheres Siam Der unmittelbare Nachbar Indochinas im Westen ist *Siam*. Es hat eine gemeinsame Grenze von 450 Kilometern mit Kambodscha und eine solche von fast 800 Kilometern mit Laos, also mit den beiden «unabhängigen» Staaten von Indochina neben Vietnam. Rassisch, sprachlich und religiös ist es besonders eng mit dem Volke von Laos verbunden, das wie die Bevölkerung Siams dem großen Stamme der Thai angehört (darum der neue Name für Siam: Thailand). Auch die südlichste Provinz Chinas, Yuennan, ist (wie übrigens auch der Südosten von Burma) von Thaistämmen bewohnt – kein Wunder, daß der Umschwung in China auch auf Laos und Siam einen mächtigen Einfluß ausübt, zumal Yuennan im Rahmen des kommunistischen China weitgehende Selbstverwaltung genießt. Dazu kommt, daß von den etwa 16 Millionen Einwohnern Siams rund drei Millionen Chinesen sind, die Handel und Gewerbe des Landes fast vollständig in ihren Händen vereinigt haben. Vietnamesen leben nur einige tausend im Nordosten Siams; aber es ist klar, daß die revolutionäre Bewegung des Vietminh und seine Erfolge die Phantasie auch der Siamesen lebhaft beschäftigen.

Thailand erfreute sich zwar bis vor wenigen Jahren einer erheblichen Stetigkeit und Gedeihlichkeit seiner Wirtschaft; seit aber der Absatz seines Haupterzeugnisses – Reis – auf Schwierigkeiten stößt

und damit seine ganze Handelsbilanz gestört ist, seitdem auch mit dem Ende der Korea-Kriegskonjunktur Gummi und Zinn im Preise gefallen sind, ist das wirtschaftliche und soziale Gefüge Siams einigermaßen ins Schwanken geraten und besonders die Bauern- und Arbeiterbevölkerung von einer Unruhe erfaßt worden, die auch ihre politischen Auswirkungen haben kann.

Dies um so mehr, als das politische Leben Siams denkbar ungesund ist. Seit 1932 ist zwar die Macht der früher absoluten Monarchie gebrochen, und nach dem Zweiten Weltkrieg schien es sogar, als verwandle sich Siam unter der Führung des linksstehenden Unabhängigkeitskämpfers Pridi allmählich zu einer Art sozialistischer Volksrepublik vom Typ Burma. Pridis Sturz im Jahre 1946, der auf den geheimnisumwitterten Tod des damaligen Königs folgte, eröffnete jedoch eine Periode von politischer Wirrnis und Demoralisation, die es ein Jahr später einem beutegierigen, durch und durch verderbten Militärklüngel ermöglichte, die Herrschaft an sich zu reißen und – mit einer kurzen Unterbrechung im Jahre 1948 – bis zum heutigen Tag zu behaupten. Siam ist seither eine reaktionäre Diktatur, die unter der Leitung von Marschall Pibul Songgram den schamlos selbstüchtigen Interessen einer völlig moralfreien Oberklasse dient. Auch ein Mitarbeiter der «Neuen Zürcher Zeitung» (Nr. 315, 1954) mußte feststellen, das Volk habe «eigentlich (!) kein Mitspracherecht», und aus Gesprächen mit gebildeten Siamesen im ganzen Lande gehe hervor: «Niemand achtet die Leute, die an der Spitze des Staates stehen, niemand findet die heutige Regierungsform ideal. Über den König selbst, der persönlich sehr beliebt ist, laufen die seltsamsten Gerüchte um.»

Im «New Statesman» (12. Juni 1954) entwirft Dorothy Woodman ein düsteres Bild von der in Siam herrschenden Korruption, die jetzt einen Grad erreicht habe, der in der Geschichte des Landes wahrscheinlich unbekannt sei. «Departementchefs sind gleichzeitig erfolgreiche Geschäftsleute, eingeschlossen diejenigen von Armee, Flotte und Polizei. Der Flottenchef war persönlich in einen der vielen Skandale verwickelt . . . Bei solcher Korruption der führenden Männer kann es nicht überraschen, daß die meisten Beamten ihren (Bestechungs-)Tarif haben, daß für die meisten Regierungskontrakte Vermittlungsgelder bezahlt und die meisten Ausfuhrbewilligungen durch ‚Quetschgebühren‘ erlangt werden. Kein Mensch glaubt im Ernst, daß die Regierung dieses System ausmisten wolle oder daß, wenn sie es je tun möchte, ihre Verfügungen genügend Durchschlagskraft hätten. Das politische Klima ist entsprechend ungesund; die gegenwärtige Tendenz erinnert in hohem Grade an die letzten Jahre des Kuomintang: korrupte Verwaltung (durch amerikanische Dollars gefördert), freiwilliger oder erzwungener Rückzug anständiger Menschen aus dem öffentlichen Leben, Hörigkeit gegenüber den amerikanischen Begehren, Zynismus und Enttäuschung oder einfach Gleichgültigkeit unter dem Volke.»

Der Kommunismus müßte, so sollte man meinen, in diesen Zuständen einen günstigen Boden finden. Dennoch ist er bislang in Siam nur ganz schwach entwickelt – ausgenommen vielleicht die junge Gewerkschaftsbewegung –, während natürlich der Antikommunismus der herrschenden Klasse um so stärker ist, schon in Erwartung der amerikanischen Hilfgelder. «Das wissen die Amerikaner», schreibt der erwähnte Korrespondent der «NZZ», «die trotz allen Vorbehalten hinsichtlich der tatsächlichen Stärke des Landes und der Armee auf Siam als einen ihrer sichersten Verbündeten rechnen.» Siam ist in der Tat heute nichts anderes als ein amerikanischer Satellitenstaat. Seit 1950 stellt es einen eigentlichen Eckpfeiler der amerikanischen Machtstellung in Südostasien und im Pazifikraum dar, eine Hauptbasis des USA-Imperiums in seinem Kampf gegen die Chinesische Volksrepublik, besonders für den Fall, daß ihm Formosa früher oder später doch verloren gehen sollte. Der siamesische Generalstabschef anerkannte das auch ganz ungescheut, wenn er am 11. Mai 1954 erklärte, seine Regierung «würde keine Einwendungen erheben, falls die Nationen der freien Welt es für nötig erachten sollten, Siam als Militärbasis für den Kampf gegen das Vordringen des Kommunismus in das übrige Südostasien zu benutzen». Natürlich müsse, so fügte er bei, darüber vorher eine Verständigung zwischen Siam und den anderen Staaten getroffen werden – eine Verständigung, die bei der amerikahörigen Oberschicht allerdings kaum auf ernstliche Schwierigkeiten stoßen würde.

Ob das *Volk* von Thailand dabei ebenso willig mitmachen würde, ist freilich eine andere Frage. Noch ist die organisierte Opposition gegen das verfaulte Regime Pibul Songgram schwach. Aber zusammen mit der Selbständigkeitsbewegung in den Nordostprovinzen und mit der sozialen Unrast, die aus den Störungen im Wirtschaftsleben des Landes erwächst, mag allmählich doch eine Volksbewegung entstehen, die einen radikalen Systemwechsel zu erzwingen imstande ist. Wie würde Amerika darauf antworten? Würde es daraus wieder eine «kommunistische Aggression» machen und mit bewaffneter Hand eingreifen? Oder würde es den Dingen ihren Lauf lassen und einmal das Selbstbestimmungsrecht eines Volkes achten, das sich von feudal-kapitalistischer Mißwirtschaft und Diktatur freizumachen sucht? Wir wissen es nicht; es wird ganz auf das dannzumalige Stärkeverhältnis der konservativ-gegenrevolutionären und der liberaleren Kräfte in den Vereinigten Staaten ankommen. Eines aber ist sicher: Jedes neue militärische Eingreifen Amerikas in Ost- und Südostasien, ob nun in Formosa oder Korea, in Vietnam oder in Siam, wird zum schließlichen Zusammenbruch der ganzen amerikanischen Imperiumspolitik beitragen – zum Sturz dieses ehernen und goldenen Kolosses, der in Wahrheit doch nur auf tönernen Füßen ruht.

12. März

Hugo Kramer